

REDEZEIT

Die Zeitung der SPD-Ratsfraktion Braunschweig

Themen der Ausgabe:
Stadtbahnausbau
Bezahlbarer Wohnbau
Die neue Ratsfraktion

AUSGABE 1 | 1. JAHRGANG | FEBRUAR 2017

Breite Mehrheit für den Haushalt!

■ Der Haushalt für das laufende Jahr 2017 steht! Mit großer Mehrheit verabschiedete der Rat der Stadt Braunschweig in seiner Sitzung am Dienstag, 21. Februar, den Haushaltsplan 2017. „Ich bin froh und stolz, dass es uns gelungen ist, eine breite Mehrheit für die Verabschiedung des Haushalts zu finden“, freut sich der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Bratmann.

Erstmals seit etwa 30 Jahren stellt die Braunschweiger SPD im Rat wieder die größte Fraktion – und entsprechend nahm sie bei den Haushaltsberatungen eine federführende Rolle ein. „Grundsätzlich war es uns wichtig, viele Unterstützer für den Haushalt zu finden und ihn so auf solide Beine zu stellen“, sagt Bratmann. Dies sei nun, nachdem der Haushalt im vergangenen Jahr nur mit knapper Mehrheit verabschiedet werden konnte, gelungen: „Die Verwaltung um unseren Oberbürgermeister Ulrich Markurth hat für ihre Arbeit damit eine solide Basis. Angesichts der kommenden Herausforderungen für die Stadt ist das ein wichtiges Zeichen“, erläutert Bratmann.

In den Haushalt selbst ist unter anderem ein jährlicher Mehrbedarf für den Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und von Kultur- und Freizeitangeboten integ-

riert. Auch die Ausweitung der baulichen Brandschutzmaßnahmen und die Umwandlung von Grundschulen zu Kooperativen Ganztagschulen spielen in dem über 800 Millionen Euro schweren Haushalt eine Rolle. Dieser wird aufgrund der gestiegenen Aufwendungen ein Defizit von etwa 31 Millionen Euro ausweisen, welches durch Rücklagen jedoch ausgeglichen werden kann.

„Trotz der durch fehlende Gewerbesteuererinnahmen angespannten Lage ist es der SPD-Fraktion außerdem gelungen, eigene Akzente im Haushalt zu setzen“, erklärt Bratmann weiter. So sind für die ab 2019 geplanten Umwandlungen von Grundschulen zu Ganztagschulen ebenso Mittel eingeplant, wie für die Schaffung von bezahlbarem Wohnraum (beide Themen auch hier im Heft). „Dazu liegt es uns traditionell am Herzen, viele soziale und kulturelle Projekte unserer Stadt weiter zu fördern. Auch dies findet sich im Haushalt wieder“, freut sich Bratmann, der darauf verweist, dass auch die Zuschussdynamisierung für die Wohlfahrtsverbände und andere Träger wieder aufgesetzt wird. „30.000 Euro Haushaltsmittel gehen zusätzlich in die Rettung des Magnifests, womit wir ein weiteres Wahlversprechen einlösen“, sagt Bratmann. kop



Verabschiedet: Die Mehrheit der Ratsmitglieder stimmte dem Haushaltsentwurf der Verwaltung um Oberbürgermeister Ulrich Markurth in ihrer Sitzung am vergangenen Dienstag, 21. Februar, zu.
Foto: Robin Koppelman

■ VORWORT



Liebe Leserinnen und Leser!

Etwa einmal im Quartal wird die SPD-Ratsfraktion ab sofort diese Zeitung herausgeben, ihr eigenes Medium. Warum? Nun, wir wollen Sie und Euch stets auf dem Laufenden halten über unsere Politik im Rat der Stadt Braunschweig. Deshalb stellen wir die wichtigsten Themen unserer Fraktion zusammen - anschaulich illustriert und stets aktuell! Schließlich gehen von uns als stärkster Kraft im Rat viele Initiativen aus und unsere Anträge und Beschlüsse sind in der Regel maßgeblich für die Weiterentwicklung unserer Stadt. So geschehen bei der Schaffung bezahlbaren Wohnraums, dem Stadtbahnausbaukonzept oder dem Ausbau der Kinderbetreuung. Dabei lassen wir stets die Impulse und die Kritik aus dem Dialog mit den Menschen in dieser Stadt in unser Handeln einfließen. Deshalb soll diese Zeitung auch nicht nur informativen Charakter haben, sondern sie ist ebenso als herzliche Einladung zu verstehen, mit uns in Kontakt zu treten. Geben Sie uns Rückmeldungen, äußern Sie Kritik oder kommentieren Sie unser Handeln: Bei einem Besuch der Bürgersprechstunde, einem Anruf in unserer Fraktionsgeschäftsstelle oder mit einem Kommentar auf unserer Facebook-Seite.

Im Namen der SPD-Ratsfraktion wünsche ich Ihnen und Euch viel Spaß beim Lesen unseres Auftaktexemplars.

Ihr und Euer

Christoph Bratmann



Der alte und neue SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Bratmann bei der konstituierenden Ratssitzung. Foto: Robin Koppelman

Erfolgreiche Konstituierung: Endlich wieder größte Fraktion!

■ Im September 2016 hat sich der neue Rat der Stadt Braunschweig konstituiert – und erstmals seit der Wahlperiode 1976-1981 stellt die SPD-Fraktion damit wieder die meisten Mandatsträger im wichtigsten politischen Gremium der Stadt. „Nachdem die Vorgespräche wegen der neuen Mehrheitsverhältnisse etwas schwieriger waren als in den Vorjahren, freuen wir uns nun, sozialdemokratische Politik in unserer Stadt mit einer starken eigenen Fraktion machen zu können“, erklärt der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Bratmann zufrieden.

Dieser hat noch einen weiteren Grund zur Freude: Mit großer Mehrheit wählten die Ratsmitglieder den SPD-Ratsherrn Frank Graffstedt zum neuen Ratsvorsitzenden und die SPD-Ratsfrau Annegret Ihbe erneut zur ehrenamtlichen Bürgermeisterin. „Beide sind für ihre Ämter eine Idealbesetzung. Sie führen ihre Aufgaben mit der nötigen Sorgfalt und Verantwortung aus“, lobt Bratmann.

Stolz ist die SPD-Fraktion außerdem, in wichtigen Aufsichtsräten städtischer Gesellschaft verstärkt vertreten zu sein. Während Nicole Palm weiter den Aufsichtsratsvorsitz der Nibelungen Wohnbau GmbH innehat, bekleiden Frank Flake bei der Verkehrs-GmbH und Matthias Disterheft bei der Flughafen Braunschweig-Wolfsburg GmbH erstmals diese wichtigen Ämter.

Zusätzlich legte der Rat auch die Vergabe diverser Ausschussvorsitze fest. Diese lauten im Einzelnen:

Vorsitze:

Annette Schütze (Ausschuss für Soziales und Gesundheit)
 Matthias Disterheft (Feuerwehrausschuss)
 Frank Flake (Finanz- und Personalausschuss)
 Nicole Palm (Planungs- und Umweltausschuss)
 Christoph Bratmann (Schulausschuss)

Stellvertretende Vorsitze:

Frank Flake (Jugendhilfeausschuss)
 Frank Graffstedt (Sportausschuss)
 Cornelia Seiffert (Ausschuss für Kultur und Wissenschaft)
 Annegret Ihbe (Wirtschaftsausschuss)

Annette Johannes (Grünflächenausschuss)

Nur etwa zwei Wochen nach der Konstituierung reiste die SPD-Fraktion für zwei Tage zur Haushaltsklausurtagung nach Wolfenbüttel. Im Parkhotel „Altes Kaffeehaus“ wurden verschiedene Workshops abgehalten, die die Mandatsträger über ihre Rechte und Pflichten aufklärten. „Zunächst in Kleingruppen und dann gemeinsam wurden unsere Kernziele für die kommende Ratsperiode festgelegt“, blickt der Fraktionsvorsitzende Bratmann zurück. „Die Schaffung von sozialem Wohnraum, der Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs und der Ausbau der Ganztagschulen werden uns in den kommenden Jahren begleiten.“

Autor: Robin Koppelman



Hat sichtlich Spaß bei seiner neuen Tätigkeit: Der SPD-Ratsherr Frank Graffstedt (rechts) ist neuer Ratsvorsitzender.



Blumen für die Bürgermeisterin: Annegret Ihbe wurde erneut gewählt. Fotos (2): Frank Flake

DAS IST UNSERE RATSFRAKTION IN DER WAHLPERIODE 2016-2021:

Nils Bader, Christoph Bratmann (Fraktionsvorsitzender), Matthias Disterheft (stv. Fraktionsvorsitzender), Manfred Dobberphul, Frank Flake, Frank Graffstedt (Ratsvorsitzender), Susanne Hahn, Annegret Ihbe (Bürgermeisterin), Christiane Jaschinski-Gaus, Annette Johannes, Uwe Jordan, Detlef Kühn, Nicole Palm (stv. Fraktionsvorsitzende), Tanja Pantazis, Dennis Scholze, Annette Schütze, Cornelia Seiffert, Simone Wilimzig-Wilke

kursiv = neu



Bratmann: „Wenn das Land einspringt, begrüßen wir das sehr“

■ Die von der SPD geführte Landesregierung setzt im Wahlkampf zur Landtagswahl 2018 auf eine komplette Abschaffung der Elternbeiträge für die Kinderbetreuung im Kindergarten. Doch was heißt das für unsere Kommune, wie kommt es dazu?

„Nach der Abschaffung der Studiengebühren möchte die SPD auf Landesebene auch am Anfang der Bildungskette für Entlastungen sorgen. Nachdem wir bereits im frühkindlichen Bereich einiges bewegt haben, ist die stufenweise Abschaffung der Kindergarten-Beiträge ein weiterer wichtiger Schritt“, erklären die drei Landtagsabgeordneten Dr. Christos Pantazis, Klaus-Peter Bachmann und Christoph Bratmann. Dieser fügt an: „In Braunschweig haben wir im vergangenen Jahr die Beiträge für den Kindergarten wie-

dereingeführt, um auch in finanziell schwierigen Zeiten hohe Qualitätsstandards halten zu können. Denn eine Beitragsfreiheit für alle drei Kindergartenjahre kann sich in Niedersachsen kaum eine Stadt dauerhaft leisten. Wenn jetzt das Land einspringt und zukünftig die Eltern entlastet, begrüßen wir das aus kommunaler Sicht natürlich sehr.“ Denn alleine wäre die Stadt Braunschweig hierzu nicht in der Lage.

„Außerdem wird damit einer langjährigen Forderung der Braunschweiger SPD nachgekommen, dass Beitragsfreiheit bei der frühkindlichen Bildung durch das Engagement von Land und Bund gewährleistet werden muss“, ergänzt Pantazis. Seit Beginn der rot-grünen Regierungskoalition im Jahr 2013 sind landesweit bereits 7.000 neue Kita-Plätze eingerichtet

worden. Darüber hinaus konnte durch die Einführung der dritten Kraft in Kinderkrippen der Betreuungsschlüssel erheblich verbessert werden.

„Zusätzlich investieren wir ab diesem Jahr weitere 60 Millionen Euro in die Verbesserung der Betreuungsqualität. Außerdem wurden die Mittel für die Sprachförderung auf 12 Millionen Euro pro Jahr verdoppelt“, beschreibt Bratmann die bisherigen Initiativen. Pantazis ergänzt dazu: „Mit der geplanten Beitragsfreiheit setzen wir ein deutliches Zeichen für die Wichtigkeit der frühkindlichen Bildung, aber auch für die verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf.“ Das dritte Kindergartenjahr ist in Niedersachsen bereits beitragsfrei, die ersten beiden Jahre sollen ab 2018 schrittweise folgen.

Autor: Pressestelle SPD-Landtagsfraktion, kop

Kita-Gebühren: Was ist das eigentlich und wer muss zahlen?

■ **Was bedeutet die beitragsfreie Kita?** Von den Beiträgen betroffen sind die Eltern von Kindergartenkindern im Alter von drei bis sechs Jahren. Nicht zu verwechseln mit Krippenkindern (bis drei Jahre) und die Schulkindern, die eine Nachmittagsbetreuung besuchen.

Wer muss aktuell Elternbeiträge entrichten?

Ursprünglich waren alle Betreuungsformen für die Eltern entgeltspflichtig. Dann wurde zunächst das letzte Kindergartenjahr vor der Einschulung durch das Land beitragsfrei gestellt, um einen Kindergartenbesuch möglichst aller Vorschüler zu erreichen. 2011 wurden die Beiträge auch für das

erste und zweite Kindergartenjahr in Braunschweig abgeschafft. Die Beiträge für die Krippe und die Schulkindbetreuung blieben aber bestehen.

Die Elternbeiträge für die Krippenbetreuung waren im Städtevergleich ziemlich hoch. Zudem gab es erhebliche Beitragsunterschiede bei der Betreuung von Schulkindern in einer Ganztagsgrundschule und einem Hort.

Im Jahr 2016 wurden die Kindergartenbeiträge in der Stadt Braunschweig in Folge der angespannten Haushaltslage wieder eingeführt. Dabei wurden die Beiträge für Krippe und Schulkindbetreuung angepasst und Ungerech-

tigkeiten beseitigt.

Und warum kann der Kita-Besuch jetzt (doch) wieder beitragsfrei werden?

Die neue Diskussion beruht auf dem Vorstoß der Landesregierung, nun auch das erste und zweite Kindergartenjahr beitragsfrei zu stellen. Die den Kommunen dadurch fehlenden Einnahmen würden dann durch das Land ausgeglichen werden. Angedacht ist eine stufenweise Einführung: ab dem Kindergartenjahr 2018/2019 für das mittlere Kindergartenjahr (für vier- bis fünfjährige Kinder) und ab 2019/2020 für das erste Kindergartenjahr (für die dreijährigen Kinder).

Autor: Nadine Wunder



Bis auf den letzten Platz gefüllt war die Stadthalle bei der Infoveranstaltung zu „Stadt.Bahn.Plus“. Foto: Robin Koppelman

Von der Ratsfraktion auf den Weg gebracht: „Stadt.Bahn.Plus“

■ Es war im Jahr 2013, als der Rat der Stadt Braunschweig auf Betreiben der SPD-Fraktion das Stadtbahnentwicklungskonzept verabschiedete und die Verwaltung damit beauftragte, den Bau neuer Stadtbahnlinien zu prüfen. Anfang Januar 2017, und damit etwa vier Jahre später, hat diese um Oberbürgermeister Ulrich Markurth nun ein Konzept erarbeitet, das Braunschweigs Mobilität langfristig maßgeblich prägen soll: Das Konzept „Stadt.Bahn.Plus“. Am Dienstag, 21. Februar wurde es mit breiter Mehrheit vom Rat der Stadt Braunschweig angenommen.

Entsprechend zufrieden zeigt sich Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig: „Das Konzept ist die Grundlage dafür, Braunschweigs Nahverkehr langfristig für die Zukunft fit zu machen. Die Stadt wächst kontinuierlich weiter, und entsprechend muss auch der ÖPNV ausgebaut und an die neuen Anforderungen angepasst werden.“

Insgesamt hat die Verwaltung sechs verschiedene Streckenprojekte mit einer Gesamtlänge von 18 Kilometern vorgestellt, die bis zum Jahr 2030 realisiert werden sollen. Sie umfassen ein Investitionsvolumen von bis zu 200 Millionen Euro.

„Der Löwenanteil hiervon, bis zu 85 Prozent, wird durch Fördermittel von Bund, Land und dem Zweckverband Großraum Braunschweig gedeckt. Für unsere Stadt ist das eine hervorragende Nachricht, die sich aus der guten Wirtschaftlichkeit der geplanten Streckenabschnitte ergibt“, sagt Bratmann. Die unabhängige Prüfung dieser Wirtschaftlichkeit habe gezeigt, dass der Bedarf nach weiteren Linien

zweifelloso gegeben ist, erreichten doch alle Strecken in der Bewertung den angestrebten Zielwert von 1,3. Bratmann hebt in diesem Zusammenhang auch den von der SPD ebenfalls mitinitiierten Bürgerbeteiligungsprozess „Denk Deine Stadt“ hervor, dessen Ergebnisse auch in das Stadtbahnausbaukonzept eingeflossen sind.

„Natürlich wird es, wenn es an die Planung der einzelnen Straßenbahntrassen geht, einen weiteren, intensiven Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern geben müssen. Ich bin aber optimistisch, dass wir hier gute Lösungen im Interesse aller Braunschweigerinnen und Braunschweiger finden werden“, erklärt Bratmann.

Dieser blickt voraus: „Die SPD-Fraktion wird die Verwaltung in den Planungen weiter unterstützen. Wir sind stolz darauf, rechtzeitig die Weichen für die Zukunft unserer Stadt stellen zu können.“

Autor: Robin Koppelman



Mehr sehen: Ein Statement von Christoph Bratmann zum Ausbaukonzept (via Facebook).

So geht es mit „Stadt.Bahn.Plus“ weiter

■ Die sprichwörtlichen Weichen sind gestellt: Mit der Präsentation des Stadtbahnausbaukonzepts „Stadt.Bahn.Plus“ im Januar haben Verwaltung und Verkehrs-GmbH die Pläne für die Erweiterung des Straßenbahnnetzes bekanntgegeben. Eine Übersicht der nun folgenden Schritte:

> Bis Ende Januar erreichten 51 Anfragen von Bürgerinnen und Bürgern die Stadtverwaltung. Die Ergebnisse hierzu werden nach und nach auf der Homepage des Stadtbahnkonzepts veröf-

fentlicht und sind jederzeit einsehbar.

> Der politische Gremienlauf ist am 8. Februar im Planungs- und Umweltausschuss gestartet, am vergangenen Dienstag, 21. Februar, haben die Mitglieder im Rat der Stadt Braunschweig dem Konzept durch eine breite und

überparteiliche Zustimmung ihren Segen gegeben.

> Jetzt sollen zeitnah die sogenannten „Ohnefall“-Maßnahmen umgesetzt werden. Das heißt u. a.: Umstellung auf den „Stadttakt Braunschweig“ (15-Minuten-Grundtakt auf den Hauptlinien) und Anpassung der Straßenbahnlinien auf die derzeitigen Bedürfnisse (neue Linie 6: Weststadt – Hbf, Ausweitung Linie 5: Volkmarode – Broitzem, neue Verstärkerlinie 1A werktags von Rühme zum Hbf). kop


 Tipp: Auf der Homepage von „Stadt.Bahn.Plus“ gibt es weitere Informationsmöglichkeiten: www.stadt-bahn-plus.de.



Straßenbahnen dreier Generationen stehen im Betriebshof am Hauptgüterbahnhof. Foto: Robin Koppelman

Das soll sich mit „Stadt.Bahn.Plus“ ändern

■ Setzen Politik und Verwaltung schlussendlich den kompletten „Mitfall“ um, dann kann das Braunschweiger Straßenbahnnetz beträchtlich wachsen. Bis zum Jahr 2030 sollen insgesamt 13 Linien auf den Schienen rollen, das Netz wird von 39,6 auf 57 Kilometer anwachsen – fast eine Verdoppelung und ein Gesamtinvestitionsvolumen von etwa 200 Millionen Euro. Von denen der Löwenanteil von etwa 75 Prozent aus Bundes- und Landesfördermitteln stammt.

Der Ausbau des Netzes ist in drei Stufen geplant. Welche Etappen zuerst gebaut werden, hängt von Faktoren wie der bisherigen Bausubstanz oder besonderen Hindernissen zusammen. Und natürlich gilt es auch, das Votum der Bürgerbeteiligung intensiv zu berücksichtigen. Ist dies geschehen, sind folgende Etappen geplant:

Stufe 1:

Ausbau Volkmarode-Nord
 Ausbau Rautheim

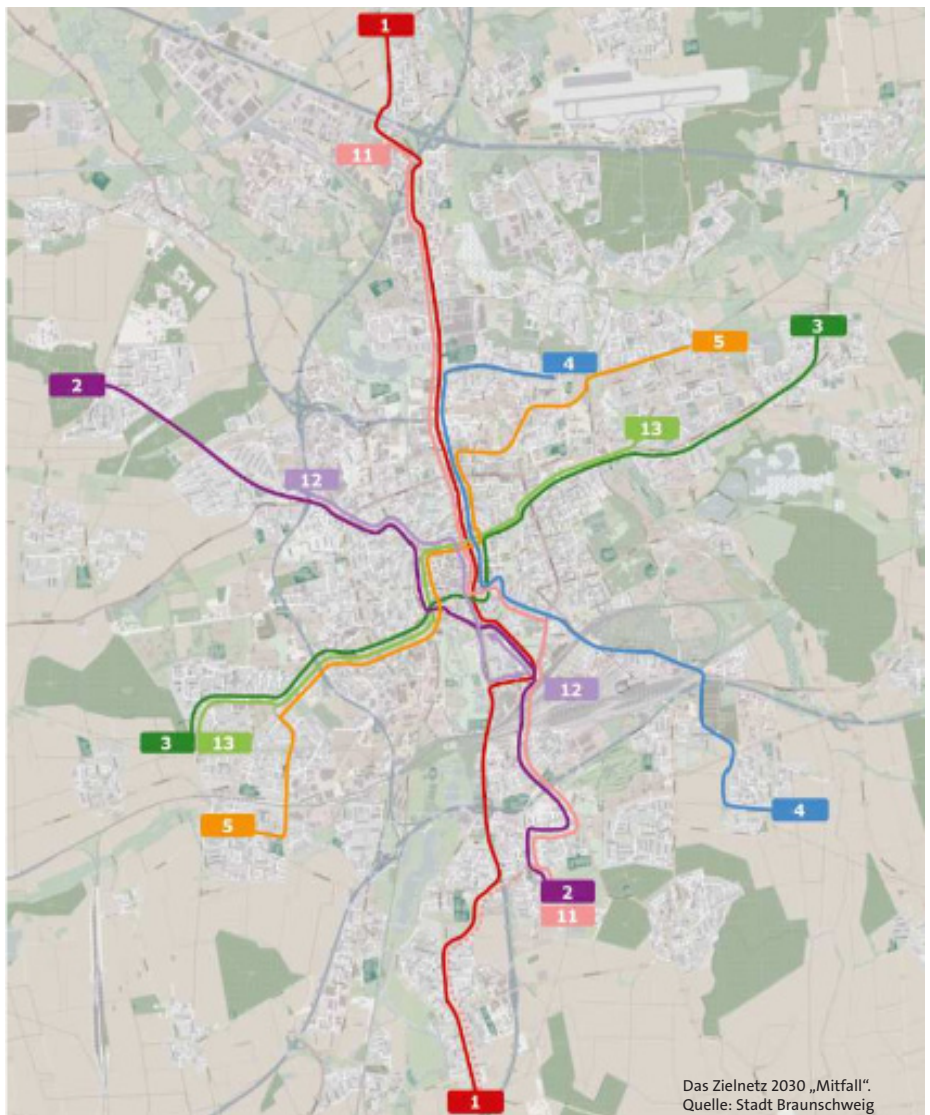
Stufe 2:

Neubau Campus-Bahn
 Neubau Salzdahlumer Straße

Stufe 3:

Neubau Lehdorf/Kanzlerfeld
 Neubau westliche Innenstadtstrecke.

Autor: Robin Koppelman

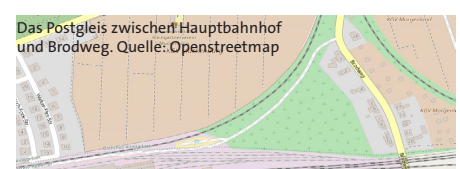


Das Zielnetz 2030 „Mitfall“.
 Quelle: Stadt Braunschweig

Besser zum Hauptbahnhof: SPD-Fraktion will Postgleis nutzbar machen

■ Es ist ein unscheinbarer Weg, der vom nördlichen Brodweg direkt zum Hauptbahnhof führt, das sogenannte Postgleis. Die SPD-Fraktion hat einen Antrag gestellt, es für Radfahrer und

Fußgänger zugänglich zu machen, um eine bessere Anbindung vom Osten zum Bahnhof zu ermöglichen. „Für die Pendler wäre das ideal“, sagt Ratsherr Manfred Dobberphul. kop



Das Postgleis zwischen Hauptbahnhof und Brodweg. Quelle: Openstreetmap



Soll schon im Jahr 2019 zur Kooperativen Ganztagsschule werden: Die Grundschule Lamme. Foto: Robin Koppelman

Dank Prioritätenliste: Ab 2019 zwei neue Ganztagsschulen jährlich

■ Transparent, klar strukturiert und nachvollziehbar für die Eltern. Mit einem gemeinsamen Antrag möchten die Fraktionen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen den Ausbau von Kooperativen Ganztagsgrundschulen (KoGS) in Braunschweig zukünftig neu ordnen und damit maßgeblich nach vorne bringen.

„Durch den Antrag werden ab dem Jahr 2019 jährlich mindestens zwei Grundschulen in Kooperative Ganztagsgrundschulen umgewandelt. Dafür schaffen wir jetzt die Voraussetzungen“, freuen sich Christoph Bratmann, Vorsitzender der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig, und Dr. Elke Flake, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Zentraler Bestandteil des Antrags ist die Erstellung einer Schul-Prioritätenliste durch die Verwaltung. Die Liste legt transparent fest, wann und warum eine Grundschule in eine Kooperative Ganztagsgrundschule umgewandelt werden wird. „Diese Liste ist für jeden offen einsehbar und erklärt den Eltern, wann ‚ihre‘ Schule an der Reihe ist“, sagen Bratmann und Flake. Schon im August dieses Jahres soll die Liste dem Rat der Stadt präsentiert werden, zusammengestellt wird sie anhand klar festgelegter Kriterien. „Dazu gehören beispielsweise der bislang nicht gedeckte Bedarf an Betreuungsplätzen im Einzugsbereich der Schule, bauliche Anforderungen an eine Umwandlung, wachsende Schülerzahlen durch Neubaugebiete und die Bereitschaft der Schule zu einer Umwandlung“, beschreiben Bratmann und Flake.

Anhand der Liste wird die Verwaltung zukünftig die kommenden Umwandlungen der Schulen in Kooperative Ganztagsgrundschulen planen, nötige Vorläufe wie Haushaltseinstellungen oder Bauplanungen können rechtzeitig in Angriff genommen werden. „Damit wird es ab sofort möglich, die ab 2019 jährlich angestrebten zwei Schulumwandlungen in Ganztagsgrundschulen seriös zu planen und auch wirklich umsetzen zu können“, unterstreichen Bratmann und Flake. Denn auch die Tatsache, dass der Rat und die Bürgerinnen und Bürger stets über die Liste informiert sind, schaffe Verbindlichkeit.

Auf eventuelle Verschiebungen, zum Beispiel durch äußere Einflüsse, können Rat und die Fachausschüsse durch die langfristige Planung gemeinsam mit der Verwaltung gut reagieren. Außerdem kann bei einzelnen Schulen,

die zwar nicht als priorisiert eingestuft worden sind, bei denen aber durch einen geringen finanziellen Aufwand eine Umwandlung bereits möglich ist, von der Liste abgewichen werden. Grundlegend dafür sind jedoch räumliche Mindeststandards, die eine Grundschule für eine Umwandlung in eine KoGS erfüllen muss. Diese sollen auf Basis des interfraktionellen Antrags ebenfalls zeitnah von der Verwaltung erarbeitet werden.

„Klar ist, dass die Grundschulen in Lamme und Lehdorf in der Prioritätenliste aufgrund der bekannten Situation vorrangig eingestuft werden“, erklären Bratmann und Flake dazu. Das heißt, dass hier bereits jetzt die Vorplanungen für den Ausbau zur KoGS angeschoben werden. Ab 2019 können diese Maßnahmen bereits abgeschlossen sein.

Autor: Robin Koppelman



In einem gemeinsamen Pressegespräch informierten der SPD-Fraktionsvorsitzende Christoph Bratmann (Zweiter von rechts) und Dr. Elke Flake, Vorsitzende der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, (Dritte von rechts) die lokalen Medien zum geplanten Ausbau der Ganztagsgrundschulen in Braunschweig.
Foto: Robin Koppelman



In Braunschweig soll dank des Handlungskonzeptes bezahlbarer Wohnraum entstehen. Symbolfoto: Robin Koppelman

SPD-Konzept: Etwa 5000 bezahlbare Wohneinheiten bis 2020

■ Das Thema Wohnen ist eines der wichtigsten Themen, über das in unserer Stadt derzeit diskutiert wird. Mit dem Ratsbeschluss über das „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen in Braunschweig“ und dem damit verbundenen Verwaltungsauftrag wurde seitens der SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung auf den Weg gebracht. Er entstand auf Empfehlungen des Bündnisses für Wohnen, das im Jahr 2014 ebenfalls basierend auf einer SPD-Initiative im Rat ins Leben gerufen wurde.

Zielsetzung des Handlungskonzeptes ist die Schaffung von Wohnraum für möglichst breite Schichten der Bevölkerung. Die von der Nibelungen Wohnbau GmbH 2013 in Auftrag gegebene Untersuchung der Firma GEWOS aus dem Jahr 2013 hat deutlich gemacht, dass in Braunschweig rund 3300 Wohnungen im Geschosswohnungsbau und rund 1500 Wohneinheiten im Einfamilienhausbau fehlen. Aufgrund dieser Zahlen hat der Rat der Stadt beispielsweise im März 2015 das Wohnraumversorgungskonzept beschlossen. Laut dieses Konzeptes soll in Braunschweig bis 2020 Planungsrecht für insgesamt 5134 neue Wohneinheiten geschaffen werden.

Damit ist aber die Frage, welche gesellschaftlichen Gruppen welchen Wohnraum benötigen, noch nicht beantwortet. In den vergangenen Jahren wurde es für Bezieher von Arbeitslosengeld II, aber auch für Menschen mit kleinem und mittlerem Einkommen immer schwieriger, eine bezahlbare

Wohnung in Braunschweig zu finden. Die unterschiedlichen Arbeitsgruppen des Bündnisses für Wohnen haben sich genau mit dieser Fragestellung auseinandergesetzt und im Herbst 2015 Handlungsempfehlungen zur besseren Steuerung der Wohnungsmarktentwicklung in Braunschweig vorgelegt. Wesentliche Kernelemente dieser Handlungsempfehlungen an die Stadtverwaltung sind:

> Erarbeitung eines kommunalen Wohnbauförderprogramms zur Unterstützung der Neubaumaßnahmen im Bereich des geförderten Wohnungsbaus und der Errichtung preisgünstiger Wohnungen.

> Verpflichtung von Bauherren – auch privater Investoren – bei Neubauvorhaben eine Quote von 20 Prozent sozial geförderten Wohnraums zu realisieren. Diese Quote kann bei Vorliegen bestimmter Voraussetzungen (im Wesentlichen verstärkte Investitionen in die soziale Infrastruktur, zum Beispiel Neubau einer Kindertagesstätte, eines Quartiertreffs oder Integration eines Wohnprojektes zum gemeinschaftlichen Wohnen) auf zehn Prozent reduziert werden.

> Ankauf von auslaufenden Belegungsrechten zur Bestandssicherung im Bereich der in der Vergangenheit geförderten Wohnungen und aus dem Bereich der Gebietsfreistellungen in der Weststadt. Wichtig hierbei: Unter Sicherstellung der Weiterfinanzierung

der Arbeit des Vereins „Stadtteilentwicklung Weststadt e.V.“.

> Steuerung der Bautätigkeit durch bevorzugte Vergabe von Grundstücken an die städtische Tochter Nibelungen Wohnbau GmbH und an Genossenschaften im Rahmen der so genannten „Konzeptvergabe“.

Im März 2017 wird die Verwaltung dem Rat das „Handlungskonzept für bezahlbares Wohnen in Braunschweig“ zur Beschlussfassung vorlegen. Bereits davor wird das „Bündnis für Wohnen“ Gelegenheit haben, sich zu dem Konzept zu äußern. Die thematischen Arbeitsgruppen des Bündnisses werden weiter aktiv bleiben und die Umsetzung des Handlungskonzeptes kritisch begleiten.



Nicole Palm.

Foto: Klaus G. Kohn

Die Arbeitsgruppe „Preiswertes Wohnen“ wird sich bereits im Juni mit der bis dahin erarbeiteten Richtlinie für das kommunale Wohnbauförderprogramm befassen. Auch die SPD-Fraktion selbst lädt regelmäßig die relevanten Akteure zum sogenannten „Wohnungspolitischen Dialog“ in das Rathaus ein.

Autorin: Nicole Palm



Die Berufsfeuerwehr im Einsatz am Altewiekring. Foto: Robin Koppelman

Vier Anfragen: SPD-Fraktion reagiert auf aktuelle Feuerwehr-Lage

■ Schutz vor Übergriffen, die Koordination der Ortswehren, CO-Warner und Unterstützung bei der Führerscheinausbildung: Mit einer ganzen Reihe von Anfragen zu verschiedenen Themen hat die SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig auf jüngste Entwicklungen im Bereich der Berufsfeuerwehr und der Freiwilligen Feuerwehr reagiert.

„Beide Institutionen befinden sich in Braunschweig derzeit auf einem qualitativ guten Niveau“, konstatiert Matthias Disterheft, SPD-Ratsherr und Vorsitzender des Feuerwehrausschusses. „Doch es gilt, dieses Niveau zu bewahren und weiter zu optimieren, da die Arbeit der Aktiven aktuell vor neue Herausforderungen gestellt wird.“ Für sie Lösungen zu finden, sei das Ziel der insgesamt vier Anfragen, die Anfang Februar im Feuerwehrausschuss diskutiert wurden.

Das derzeit wohl prominenteste Thema ist der Schutz der Rettungskräfte im Einsatz: „In letzter Zeit gibt es in den Medien vermehrt Meldungen über Angriffe auf Beschäftigte von Rettungsdienst und Feuerwehr“, erklärt Disterheft. Das verunsichere Bürger und Rettungskräfte gleichermaßen: „Mit unserer Anfrage wollen wir daher in erster Linie Klarheit schaffen: Gibt es Statistiken, die tatsächlich einen solchen Anstieg von Gewalttaten belegen?“, fragt Disterheft. „Sollte dies der Fall sein, ist es Auftrag von Politik, Verwaltung und Polizei gleichermaßen, darauf einzugehen – hier darf es keine Toleranz gegenüber Gewalttaten gegen Hilfskräfte geben.“

Ferner stellt die SPD-Fraktion Anfragen, um die Arbeitsbedingungen der haupt- und ehrenamtlichen Feuerwehrkräfte zu erleichtern, so zum Beispiel in der Unterstützung bei der Führerscheinausbildung: „Bisher war es sowohl für die Angehörigen der Berufsfeuerwehr als auch der Freiwilligen Feuerwehren Braunschweig möglich, eine Führerschein-ausbildung zu absolvieren. Auf der letzten Personalratssitzung soll jedoch bekannt gegeben worden sein, dass die Führerschein-ausbildung zukünftig nicht mehr möglich ist und eingestellt werden soll“, erklärt Disterheft. „Wir möchten nun wissen, ob es Fördermöglichkeiten gibt, um die Ausbildung dennoch weiter sicherzustellen.“ Der Landkreis Leer würde hier beispielsweise eine gute Arbeit leisten. „Auch interessiert uns, ob die Ausbildung in den Berufsfeuerwehren generell sichergestellt werden kann.“

Ein weiteres Thema der SPD-Fraktion stellt die Koordination zwischen den Ortsfeuerwehren im Notfall dar: „Im Jahr 2014 wurden alle 30 Braunschweiger Ortsfeuerwehren auf ihre Ausrückstärke und Ausrückzeit sowohl in der Tages- als auch in der Nachtzeit überprüft. Im Rahmen dieser Überprüfung hat sich herausgestellt, dass durch den

Einsatz von sogenannten Alarmverbänden zwischen den Ortsfeuerwehren eine deutliche Verbesserung erzielt werden könnte, da auf diesem Wege die vorgegebene Einsatzstärke auch in den Randbereichen erreicht werden kann“, beschreibt Disterheft. Mit Blick auf das Braunschweiger Stadtgebiet gelte es daher zu prüfen, ob solche Verbände zwischen einzelnen Ortswehren auch hier sinnvoll wären. „Der Landkreis Wolfenbüttel hat hier sehr gute Erfahrungen gemacht“, begründet Disterheft.

Abschließend möchte die SPD-Fraktion den Umgang mit sogenannten „CO-Warnern“ im Ausschuss diskutieren. „Diese Warngeräte stellen die Kohlenmonoxidkonzentration in der Umgebungsluft fest und warnen die Einsatzkräfte, da Kohlenmonoxid weder sichtbar ist, noch einen Geruch abgibt und somit eine besondere Gefahr darstellt“, so Disterheft. „Wir wollen daher wissen, inwieweit die Berufsfeuerwehr mit solchen Warnern ausgestattet ist und ob eine solche Einführung auch für die Freiwillige Feuerwehr geplant sei.“

Autor: Robin Koppelman



Matthias Disterheft.

Foto: privat

Impressum

REDEZEIT

Herausgeber:
 SPD-Fraktion im Rat der Stadt Braunschweig
 Platz der Deutschen Einheit 1
 38100 Braunschweig
 Telefon: 0531 470-2211
 E-Mail: spd.fraktion@braunschweig.de

VisdP: Frank Flake;
 Redaktion: Christoph Bratmann, Matthias Disterheft,
 Annette Johannes, Robin Koppelman, Nicole Palm,
 Annette Schütze, Nadine Wunder, Nadja Zeitler;
 Layout: Robin Koppelman